

Kamener Zeitung

Vollstrecker für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Nr. 119

Dienstag, den 25. Mai 1920

48. Jahrgang

Die Reichswahllisten.

Die Reichswahlvorläufe der großen Parteien liegen jetzt vor. An der Spitze der Liste der Deutschen Nationalen Volkspartei, die 21 Namen umfasst, steht der Parteivorsitzende Staatsminister a. D. Dietrich, der außerdem in zwei Wahlkreisen an jüngerer Stelle kandidiert. An zweiter Stelle steht die Vorsitzende des deutsch-evangelischen Frauenbundes, Frau Paula Müller. Weiter folgt die Liste u. a. auf den Staatsminister a. D. von Delbrück, M. d. R., Dr. Röske, M. d. R., Dietrich, M. d. R., Schulz-Wechsungen, M. d. R., Professor Dr. Hoesch, M. d. R., und den bekannten Parteiführer Gen. v. Althaus.

Die Liste der Deutschen Volkspartei weist als erste die Namen der Mitglieder der Nationalversammlung Dr. Steffmann, Frau Alara Wende, Prof. Dr. Kahl, Wilhelm Dufschke auf; weiter findet man von bekannten Namen u. a. den bekannten Großindustriellen Hugo Stinnes (an 6. Stelle) und an 9. Stelle Hermann Kipper, den Chefredakteur der „Täglichen Rundschau“.

Auf der Reichsliste des Zentrums befinden sich Justizminister a. D. Peter Spahn, Professor Dr. Franz Hise, Minister i. W., Hel. Hedwig Dransfeld, Herr, Oberpostdirektor Johann Koch, Herr, Kaufmann Th. Althoff, Minister i. W., Professor Dr. Gäßbender, Berlin.

Die Demokraten haben an die erste Stelle ihrer Liste ihren Parteivorsitzenden, Senator Dr. Peterßen, M. d. R., gestellt, ihm folgen Dr. Gertrud Bäumer, M. d. R., Reichsbauernminister Dr. Geyer, Reichsanwalt Dr. Fischer-Höhl und der frühere Abg. Reinath. Weiter unten an unsicherer Stelle sind auf der Liste zu finden: Der vormalige Reichsstaatsminister Dr. v. Gießer, ferner Fräulein Dr. Lüders, M. d. R., Graf Bernstorff, der frühere deutsche Botschafter in Washington, der Vizepräsident der Preussischen Landesversammlung Dr. Jenzel, der frühere Gouverneur von Ostpreußen, Admiral v. Krüppel, der bekannte Richter Universitätsprofessor Dr. Rans, der Rendant Herr. Westermann, M. d. R., u. a. Die Liste umfasst 37 Namen.

Ebenso wie bei allen anderen Parteien führt auch bei der Sozialdemokratischen Partei die Reichsliste, hier ist es der Abg. Otto Weis, ihm folgen Marie Jürgens, M. d. R., Reichsministerialrätin Robert Schmidt, M. d. R., Universitätsprofessor Dr. Raddbruch, M. d. R., Staatssekretär Schulz, Reichssekretär Steinbock, M. d. R., der frühere sächsische Ministerpräsident Dr. Gradnauer, M. d. R., und der Chefredakteur des Vorwärts, Friedr. Stampfer. Weiter stehen noch auf der 33. Namen umlaufenden Liste u. a. der Vorsitzende des Reichsbundes der Kriegsbeteiligten Hermann Stüttgen und noch die Mitglieder der Nationalversammlung Hermann Sack, Dr. Luard, Schäfer, Eberhard, Kogur, Kagenstein, Elsa Höß, Oberpräsident Söring-Magdeburg und Karl Dietrich-Breslau.

Minister Stegerwald und die Sozialisierung.

In Berlin tagt zurzeit der Verbandstag der Reichs-, Landes- und Weinbergarbeiter, eine der christlichen Gewerkschaften. Angeht es des großen Interesses, das die neuerdings mehr und mehr emporkommende Organisation der ländlichen Arbeiter beansprucht, hatte der frühere Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, der jetzige preussische Volksbildungsminister Stegerwald, dafür eine Behandlung der politischen Lage übernommen. Stegerwald führte aus: Ein gefundener Sinn für Ordnung und Arbeit ist unentbehrlich im Innern des deutschen Arbeiters. Um diesen Gehalten wieder zum Durchbruch zu verhelfen, müsse man von der deutschen Arbeiterklasse verlangen, daß sie sich nicht länger von einem kleinen Kreis von Ganachisten leiten lasse. Im Kampfe zur Wiederherstellung eines geordneten Staatswesens müßte die christlich-nationale Arbeiterbewegung als Stoßtrupp dienen. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung sei an erster Stelle dazu berufen, sich für einen Völkerverbund auf der Basis der Gerechtigkeit einzusetzen. Die Umwandlung des Versalles Vertrag sei der Ausgangspunkt des Wiederbaues des deutschen Volks. Das deutsche Gemeinheitsgefühl müsse gestärkt werden, der Kampf der politischen Parteien auf große Weisungsaufgaben, nicht auf kleine persönliche Meisterei eingestellt werden. Einmalen sei allerdings von einem nationalen Gemeinheitsgefühl nichts zu merken. Ohne Pflege des nationalen und sozialen Gemeinheitsgefühls sei eine Wiederaufrichtung Deutschlands nicht möglich. Auf wirtschaftlichem Gebiete müsse eine Verwirklichung und Vereinigung der Wirtschaft eintreten. Eine Unmasse von Arbeitskräften und Material werde jetzt in der Welt von Luxusartikeln vertan. Eine Ver-

kaufung der Wirtschaft sei abzulehnen. Eine Sozialisierung würde nur zu einer gewaltigen Unterbilanz der sozialisierten Werte führen. Auch für große Streiks und Arbeitskämpfe sei jetzt nicht die geeignete Zeit. Die Arbeiterklasse habe wohl die politische Macht an sich gerufen, sei aber jetzt dabei, durch wilde Streiks und durch das Verlassen der gewerkschaftlichen Disziplin die wirtschaftliche Basis für ihre Macht zu zerstören und zu einem vollständigen Scheitern herabzuführen. Der deutsche Arbeiter müsse sich seiner großen wirtschaftlichen Verantwortung bewußt sein, er müsse erkennen, daß ihm seine Gleichberechtigung aus Pflichten eingebracht habe. Der Feind stehe dort, wo man die Arbeiterklasse mit Gewalt und Terror an der Produktion hindere. Nur der Glaube an die sittliche Kraft des deutschen Volkes könne die Rettung bringen.

Der Preisrückgang am Metallmarkt.

Die weitere Besserung der Valuta hat auf dem Metallmarkt einen erneuten beständigen Preisrückgang bewirkt. Der Verbrauch hält sich zurück. Vorkauf ist im Preise ganz bedeutend zurückgegangen. Auch Blei, welches erheblich vom Ausland abhängig ist, hat stark gestiegen, und für Kupfer und Zink gilt dasselbe. Verschiebt wird die Lage noch dadurch, daß infolge des Preisrückganges eine ganze Anzahl großer Metallfirmen notleidend geworden ist. Die Betriebsmittel reichen bei weitem nicht mehr aus, und um den Verpflichtungen nachkommen zu können, sind viele Firmen gezwungen, ihre Waren weit unter Veranschlagtem Preis abzugeben. In Berlin spricht man von einem großen Metall-Lionenfraß. Die infolge dieser Verhältnisse unter Selbstkostenpreis an den Markt kommenden Metallmengen drücken naturgemäß weiter auf den Preis. Man kann aus der zweiten Hand heute Waren bedeutend billiger erhalten, als die produzierenden Werke selbst zu liefern in der Lage sind. Einen Überblick über den Preisrückgang gibt die nachstehende Aufstellung über die Entwicklung der Metallpreise an der Hamburger Metallbörse:

Zinn (Bagerware)	1675	1200	760	575
Hüttenmetall	1750	1275	725	575
Vorkaufzinn	140	110	78	56
Kupfer (Maß.)	36	30	16	13

Wie sich die Verhältnisse entwickeln werden, hängt einzig und allein von der Valuta ab. Sollte hier demnächst eine Stabilisierung eintreten, so ist anzunehmen, daß der Bedarf sich langsam wieder hervorwagt.

Gegen weitere Lohnhöhungen.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat in ihrer Ausschüttung in einseitiger Sprache die gesamte Wirtschaftslage Deutschlands erörtert. Sie hält es für ihr dringendste Pflicht, den ernsten Mahnruf an sämtliche ihre angeschlossene Arbeitgeberverbände zu richten, jede neue Erhöhung der Löhne und Gehälter abzulehnen. Die Preise der deutschen Erzeugnisse haben die Weltmarktpreise ungefähr erreicht, zum Teil bereits überhöht. Schon heute steht überall der Mißstand. Eine abetmende Steigerung der Gehaltskosten durch weiteres Anheben der Löhne und Gehälter und die daraus folgende Verteuerung der Preise muß zur Katastrophe führen und damit unabwendbares Elend über alle Kreise des deutschen Volkes, nicht zuletzt der Arbeitnehmer bringen. Die Arbeitnehmer selbst ist auch mit der reinen Steigerung der Löhne und Gehälter zugegeben, machen nicht gebiert. Wenn wie der ganzen deutschen Wirtschaft kann nur geholfen werden durch vermehrte und beschleunigte Produktion, die allein und durch sich eine Senkung der Preise bewirken kann. — (Es sei aber bemerkt, daß nicht nur die hohen Löhne Ursache der teuren Preise sind, sondern auch Spekulation und Preisverhöher. Mit einem Lohnabbau müßte also auch sofort ein Preisabbau eintreten.)

Ueber den Abschluss eines sonderbaren Tucheinkaufs

Der Berliner Sicherheitspolizei mit einer englischen Firma gehen der „Voss. Ztg.“ von zuständiger Seite folgende Mitteilungen zu: Am 30. März 1920 wurde dem Major Bruer, Abteilungsleiter der Beschaffungstelle der Sicherheitspolizei, eine Einfuhrbewilligung auf 300 000 Meter Militärstoff zum Preise von 45 Millionen Mark erteilt, und zwar von der Reichswirtschaftsstelle für Wolle. Bei dieser Einfuhrbewilligung war bemerkt, daß die Genehmigung ausnahmsweise erteilt wurde, da nach den gemachten Angaben die deutsche Industrie die Anlieferung nicht so rasch bewerkstelligen könne, wie die Sicherheitspolizei die Stoffe benötige. Gleichzeitig wurde der Sicherheitspolizei bedeutet, er möge in Zukunft mit eventuellen Anforderungen so rechtzeitig kommen, daß bei Vergewaltigung des Auftrages die deutsche Industrie beeinträchtigt werden könne. Gleichwohl wurde fünf Wochen später dem Major Bruer erneut eine Einfuhrbewilligung für

400 000 Meter Militärstoff zum Preise von 97,2 Millionen Mark erteilt. Auf den Einfuhrbewilligungen ist als Lieferant die englische Firma Gelland angegeben. Dabei wurde von beiden Firmen der fertige Stoff und sofort verwendbare graue Stoff zum Preise von 170 Mark pro Meter angeboten und zwar hätte der größte Teil sofort und der Rest in höchstens fünf Wochen geliefert werden können. Die englische Firma erhielt für das Meter 275 Mark. Das Geschäft stellte sich noch dadurch besonders unvorteilhaft, daß der in England gekaufte Stoff katastrophal ist, also erst noch gefärbt werden muß.

Tagesereignisse.

— (Annahme der Einladung zur Spa-Konferenz.) Der Reichskanzler hat dem britischen Geschäftsträger Mitteilung davon gemacht, daß die Reichsregierung die Einladung zur Konferenz in Spa auf den 21. Juni angenommen hat.

— (Was Italien erhofft.) Wie die „Agenzia Volke“ aus besserer Quelle erfährt, entfallen auf Italien 12 Milliarden der deutschen Kriegsschuld, falls sie endgültig auf 120 Milliarden festgelegt wird. Italien beansprucht überdies die gleichen Vergünstigungen bezüglich seiner Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten, wie sie Frankreich bereits von England verlangt, nämlich Tilgung nach Maßgabe der deutschen Einnahmen.

— (Amerikas Kriegsbewertung.) Wie Telegramm aus Washington meldet, hat das amerikanische Kongresshaus gestern die Resolution angenommen, in der der Krieg mit Deutschland für beendet erklärt wird.

— (Euben und Melmed in der belgischen Kammer.) In seiner Rede über die belgischen Regierungspolitik äußerte sich der Abgeordnete der Front-Partei, Worgnon, sehr abfällig über die Politik im allgemeinen, die er als gefährlich und dem eigenen Lande nicht dienlich bezeichnete. In der Frage Euben-Melmed folgte er demselben. Er könne nur bedauern, daß die Regierung nicht den Mut gehabt habe, in diesen Streit eine ernste Haltung abzunehmen zu veranlassen. Sollte die Weltmeinung den Wunsch haben, zu Belgien zu kommen, so könnte das ihm und seinen Freunden recht sein. Sie könnten aber nie zugeben, daß diese Gebiete gegen den Willen der Bewohner einverleibt würden. In seinem Rede wies er auf die belgische Grenze eine Art Eliza-Volbrunn zu bilden, das unabsehbare Schrecken zeitigen werde.

— (Die Entschädigung in der Schleswig-Frage.) Wie aus Paris verlautet, getroffen und zwar soll die neue Grenze mit der Clausen-Linie zusammenfallen. Außerdem soll Deutschland unter Teilnahme der alliierten Hauptmächte mit Dänemark ein Abkommen über den Mindehelfschuß abschließen, um die Rechte der dänischen Minderheiten in den Gebieten zu sichern, die bei Deutschland bleiben.

— (88 Fälle erledigt.) Vom Reichswehrministerium wird dem „Berl. Tagebl.“ gemeldet: Der Untersuchungsanspruch im Wehrministerium hat bereits 88 Fälle erledigt, die vom Reichswehrministerium entschieden sind. Auf Dienstenthebung und Ueberweisung der Älten an den Oberreichsanwalt wurde erkannt in den Fällen des Obersten Gethöhl, des Oberleutnants Rothnagel, des Oberleutnants Guhr, des Majors v. Falkenhäuser, des Majors Honke, des Hauptmanns Hallmeier, des Hauptmanns Waas, des Leutnants Scheele, des Leutnants Nettesheim, des Leutnants v. Trotha, des Kapitäns J. S. Hoffmann, des Kapitäns J. S. Goertz, des Kommandanten v. Reubow, des Oberleutnants J. S. Paul. In 25 weiteren Fällen ist unter Ueberweisung der Älten an den Oberreichsanwalt die Beurteilung ausgesetzt. Versetzt wurden sechs Offiziere. In 13 Fällen ist das Verfahren eingestellt worden. Im ganzen sind 88 Fälle erledigt.

— (Wirkungen der Telefonzwangsbeiträge.) Der Prese-Verleger von Zitan und Umgebung hat als Gegenmaßnahme gegen die beabsichtigte Einführung der Fernsprechanlagenbeiträge beschlossen, zum 1. Juli d. J. sämtliche Fernsprechanlagen zu künden. Zahlreiche andere Verleger werden im Folge haben sich bereits im gleichen Sinne entschieden. Ausschlaggebend für den Beschluß war die Erwägung, daß die Beibehaltung der Telefonbeiträge wirtschaftlich nicht mehr lohne, da bei dem trotzdem bestehende Milliardenbetrag des Posthaushalts in absehbarer Zeit eine Neuauflage der Steuer zu erwarten und daß es bei dem jetzigen Regierungssystem äußerst zweifelhaft sei, ob die Darleher oder deren Eiben jemals ihr Geld wiedererhalten werden.

— (Die indonesische Bewegung in Spanien.) Auch dehnt sich über das ganze Land aus. Durch Kundgebungen, Demonstrationen und den Ausbruch des Generalstreiks in der Textilindustrie hat sich die Lage in der Barcelonener Industrie zuspitzt. Ganz Spanien, einschließlich der Armeria, war durch den Baderstreik vier

Tage brotlos. In Valencia und Sevilla herrscht Generalstreik, der seine Ursachen in der bolschewistischen Propaganda hat. Auch in Catalonien ist durch die Bereitstellung französischer Kapitals zum Zwecke der Auflösung Cataloniens die Lage äußerst gespannt. Die Regierung ist machtlos.

— (Die Ausbreitung des Bolschewismus in Asien.) Der „Messager“ bestätigt in einem Telegramm aus Konstantinopel, daß Unter Pascha sich an der Spitze eines tatarisch-bolschewistischen Heeres befindet, das von Batum nach Tiflis und Baku zieht, um sich mit Kemal Pascha zu vereinigen, der von Erzerum mit 100 000 Mann marschiert. Die national-bolschewistische Bewegung reicht bis nach China, Mesopotamien und Nordafrika. In China besonders macht der Bolschewismus große Fortschritte. Ein bolschewistisch-chinesisches Bündnis sei wahrscheinlich eine bereits vollkommene Tatsache. Ähnliche Nachrichten laufen aus Indien ein. Frankreich verhandelt mit Kemal Pascha wegen der Anerkennung der nationalen Republik Ungarn.

— (Ein südamerikanischer Staatenbund gegen den Bolschewismus.) Nach Blättermeldungen wird Argentinien die endgültige Unterzeichnung des Vertrages vorsehen, durch den Argentinien, Brasilien, Uruguay, Paraguay, Chile, Bolivien und Peru aufeinanderliegenden Elementen und nicht erwünschten Personen das Betreten ihrer Länder verbietet. Das Verbot richtet sich ferner gegen Einwanderer, die nicht genügend Mittel besitzen, ihren Lebensunterhalt einen Monat lang aus eigener Tasche zu bestreiten.

— (Carranza ermordet.) Ein in El Paso eingeflossenes Telegramm des Generals Oregon besagt, Carranza sei von seinen eigenen Leuten ermordet worden.

— (Unfall des Präsidenten Deschanel.) Präsident Deschanel erlitt gestern auf der Reise nach Montbrison, wohin er sich zur Entschädigung eines Denkmals für den gefallenen Flieger Senator Raymond, begeben wollte, einen Unfall. Er fiel während der Fahrt aus dem Zuge auf das Eisenbahngleis. Seine Verletzung ist nicht schwer. Der Präsident wurde im Automobil nach Montargis gebracht.

— (Kapitänleutnant Baasche erschossen.) In Höchst bei Kreuz wurde der Kapitänleutnant Baasche, der einzige Sohn des Geheimrats Baasche und Schwiegersohn des früheren Oberbürgermeisters von Hosen, Witting, auf seinem Gute „Waldrieden“ von Reichswehrsoldaten, die auf seinem Gute nach Waffen suchen wollten, erschossen.

Kleine Nachrichten.

Anlaß eines Baderstreiks in Madrid sind Unruhen vorgekommen. Große Volksmassen, hauptsächlich Frauen, demonstrierten in den Straßen und versuchten, in die Baderläden einzudringen. Soldaten, die bei den Läden Wache hielten, feuerten in die Menge und verwundeten einige Frauen. Verschiedene Läden wurden geplündert. Die Soldaten wurden angegriffen. Das Regime wurde verhängt. Auch in der Provinz fanden Unruhen statt.

Mit einem japanischen Dampfer ist der letzte Heimkehrertransport aus Ostasien im Hamburger Hafen eingetroffen. Bei dem etwa 750 Personen umfassenden Transport, der am 1. April von Singapur abgegangen ist, befindet sich der Botschafter von Singapur, Admiral Meyer-Waldeck und seine Mitarbeiter.

Der Reichstag lehnte eine Verordnung über Billigung des Papierholzes für Zeitungspapier ab. In Ludwigshafen kam es zu schweren Ausschüttungen der Arbeiter in der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik. Die preussische Staatsministerien hat beschlossen, die Vorlage über den Mittelaufbau alsbald der Landesversammlung auf der Grundlage der Mittellinie zu gehen zu lassen.

Die Verhandlungen der deutsch-französischen Wirtschaftskommission in Paris haben begonnen.

Eine Drahtung aus Dublin besagt, die englischen Hafenarbeiter hätten mitgeteilt, daß sie sich weigern, nach Irland bestimmte Munition zu laden. Der irische Transportarbeiterbund beschloß, Munition bei ihrer Ankunft in Dublin nicht zu laden.

Mehrere englische Blätter verzeichnen in London auftauchende Gerüchte über eine politische Reorientierung der Sowjetregierung. Danach hätten sich Lenin und Trotski zur Bildung einer demokratischen Regierung entschlossen.

Nach einer Meldung aus Konstantinopel sind sechs französische Bataillone mit Märsch auf den Grenz der Lage nach Batum abgegangen. In einigen Orten in Anatolien, darunter Trapesunt, sei die rote Fahne gehißt worden.

Die albanische Kammer hat unter dem Druck der türkischen Beschlüsse, Essad Pascha als König von Albanien anzuerkennen und eine Abordnung nach Paris zu entsenden, die ihn zur Rückkehr in die Heimat aufzufordern soll.

Das „Journal de Geneve“ läßt sich aus Paris melden, daß die Lage in Persien bedrohlich sei, weshalb die Entente auf Betreiben Englands eine neue Orientkonferenz vorbereite.

Der ehemalige deutsche Dampfer Bellona, jetziger Dampfer Lamentin, ist im Hafen von La Havre in Brand geraten. Der Schaden wird auf 10 Millionen Francs geschätzt.

Nach einer Depesche der Daily Mail aus Bloemfontein ist General Dewet schwer erkrankt.
